

Sitzungsvorlage DS 2011/240

Amt für Soziales und Familie
Stefan Goller-Martin
(Stand: **09.06.2011**)

Mitwirkung:
Erster Bürgermeister

Aktenzeichen:

Sozialausschuss

öffentlich am 29.06.2011

**Bundesprogramm Toleranz fördern - Kompetenz stärken
- Lokaler Aktionsplan**

Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt auf der Grundlage des Integrationskonzeptes der Stadt Ravensburg einen Lokalen Aktionsplan zu entwickeln.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die aus dem Integrationskonzept entwickelten Projekte als Einzelmaßnahmen umzusetzen. Weitere Projekte werden im Rahmen der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans im Beirat für Integrationsfragen als Begleitausschuss beraten und bewilligt.

Sachverhalt:

1. Bundesprogramm Toleranz fördern – Kompetenz stärken Lokaler Aktionsplan

Das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend hat das Bundesprogramm Toleranz fördern – Kompetenz stärken im Jahr 2010 in einer 2ten Runde neu ausgeschrieben. Es sollen integrierte lokale Strategien entwickelt und unterstützt werden, mit denen Demokratie und Toleranz gestärkt und Rechtsextremismus vorgebeugt werden kann. Die Umsetzung erfolgt durch die Entwicklung eines lokalen Aktionsplans.

Zielgruppen sind Kinder, Jugendliche, Eltern, Fachkräfte, Multiplikatoren und lokal einflussreiche Akteure.

2. Interessenbekundung und Antragsstellung der Stadt Ravensburg

Die Stadt Ravensburg hat im September 2008 einstimmig das Integrationskonzept im Gemeinderat verabschiedet. Auf der Grundlage des Integrationskonzeptes hat die Stadt dann am Forschungs – Praxis - Projekt "Integrationspotenziale in kleineren Städten und Landkreisen" in Trägerschaft der Schader – Stiftung zusammen mit dem Landkreis Ravensburg und der Stadt Leutkirch teilgenommen.

Im Herbst 2010 erhielt die Stadt Ravensburg dann die Einladung sich an einem Interessenbekundungsverfahren an dem Bundesprogramm "Toleranz fördern – Kompetenz stärken" zu beteiligen. Ende April 2011 konnte dann die Antragsstellung eingereicht werden. Es sollen ein Lokaler Aktionsplan erstellt und daraus entwickelte Projekte umgesetzt werden.

Ziel der Antragsstellung ist die zeitnahe Fortschreibung des Integrationskonzeptes sowie die Umsetzung von Projekten im Rahmen des lokalen Aktionsplans.

Das mit der Projektauswahl beauftragte Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben war vom Antrag der Stadt Ravensburg überzeugt. Es erfolgte mit Mai eine Bewilligung von 60.000 € Bundesmitteln für die Entwicklung und die ersten Umsetzungen eines lokalen Aktionsplans im Jahr 2011.

Auf dieser Grundlage können für die Jahre 2012 und 2013 weitere 170.000 € für die weitere Umsetzungen beantragt werden. Eine entsprechende Förderung ist wahrscheinlich.

Im Rahmen der Projekte können einzelne Maßnahmen von freien Trägern mit bis zu 20.000 € gefördert werden. Die Projektmittel sind durch einen Begleitausschuss zu vergeben. Als Begleitausschuss soll der Beirat für Integrationsfragen tätig sein. Er erfüllt alle Kriterien, die ein Begleitausschuss erfüllen muss.

Für die Begleitung wurde der Stadt Ravensburg vom Bundesamt ein Coach zur Seite gestellt.

Weitere Städte aus Baden – Württemberg, die 2011 in das Programm neu aufgenommen wurden sind Geislingen, Herrenberg, Ostfildern, Weil der Stadt und Winnenden.

3. Lokaler Aktionsplan für die Stadt Ravensburg

Inhalte eines lokalen Aktionsplans können insbesondere sein:

- Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft
- Demokratie- und Toleranzerziehung
- Soziale Integration
- Interkulturelles und interreligiöses Lernen / Antirassistische Bildungsarbeit
- Kulturelle und geschichtliche Identität
- Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen junger Menschen

In der konkreten Ausgestaltung bedeutet dies für Ravensburg:

- Weiterentwicklung der Inhalte des Integrationskonzeptes und der definierten Projekte zu einem lokalen Aktionsplan mit Unterstützung "externer Koordinierungsstelle". Die interne Koordination übernimmt das Amt für Soziales und Familie (Herr Ederer und Herr Goller – Martin), als externe Koordinierungsstelle wird das ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung beauftragt. Das ILS soll hierbei die Situationsanalyse vornehmen und den Lokalen Aktionsplan bis zur Antragsstellung 2012 erstellen.
Das ILS ist durch die 2 ½ - jährige Begleitforschung im Rahmen des Forschungs – Praxis – Projekts der Schader Stiftung sehr gut mit der Situation in Ravensburg vertraut.
- Es wird ein Ämternetzwerk aufgebaut. Als Begleitgremium soll der Beirat für Integrationsfragen die zentrale Steuerungsfunktion übernehmen.
- Bis zur Arbeitsaufnahme der erforderlichen Gremien nach Erstellung des lokalen Aktionsplans kann die interne Koordinierungsstelle bereits erste Projekte für das Jahr 2011 vergeben.

Konkrete Projekte, die bereits parallel umgesetzt werden sollen sind:

- ✓ Vergabe einer Forschungsarbeit zur Migrationsgeschichte aus Perspektive von Kindern im Alter zwischen 10 und 13 Jahren in Federführung des Stadtarchivs, Dr. Schmauder.
- ✓ Entwicklung einer Kampagne "Menschen mit Migrationsgeschichte für sozialpflegerische Berufe" in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und dem Institut für soziale Berufe.
- ✓ Durchführung der Ausstellung "...mehr als nur Gäste. Demokratisches Zusammenleben mit Muslimen in Baden-Württemberg" und Begleitveranstaltungen in Zusammenarbeit mit der katholischen Kirchengemeinde Zur Heiligsten Dreifaltigkeit
- ✓ Durchführung einer Veranstaltung zum 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei.

- ✓ Erarbeitung einer Broschüre gegen Radikalismus i.V. mit dem Jugendinformationszentrum aha

Die Durchführung von Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Nationalsozialismus durch das Kulturamt.

Kosten und Finanzierung:

Konkrete Aussagen zu den Kosten der einzelnen Projekte sind derzeit noch nicht möglich. Für die Finanzierung sind für das Jahr 2011 insgesamt 60.000 € vom Bund bewilligt. Diese Mittel können nur für externe Tätigkeiten eingesetzt werden. Die eigenen Leistungen der Stadtverwaltung Ravensburg sind der Eigenbeitrag. Für die Jahre 2012 und 2013 sind bis zu 170.000 € an weiteren finanziellen Mitteln in Aussicht gestellt.

Laufende Kosten (u. a. Personal-, Sachkosten, abzüglich zu erwartende Einnahmen)	
Einnahmen (Bundesförderung) und Ausgaben in Höhe von je 60.000 € im Jahr 2011	€ 0,00
Mittelbereitstellung im Haushalt	
Verwaltungshaushalt: Fipo: 1.4000.1700.000 und 1.4000.5851.000 Haushaltsstellen werden neu eingerichtet	